

## **Inhalt**

### **I. Lebensvielfalt in unserer Kommune**

- Bildung
- Kultur
- Sport

### **II. Lebensqualität in unserer Kommune**

#### **– den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten**

- Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung
- Suchtberatung
- Eingliederungshilfen
- Arbeitslosengeld II
- Familie
- Ältere Menschen
- Jugend
- Gleichstellung
- Sicherheit in der Kommune
- Feuerwehr und Rettungswesen

### **III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze**

- Unterstützung und Stärkung ansässiger Betriebe
- EU-Projekte für Henstedt-Ulzburg
- Moderne Technologien und Bildung
- Aktive Wirtschaftsförderung für Henstedt-Ulzburg
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Innovative Verkehrsprojekte

### **IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort**

#### **– Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen**

- Umwelt und Naturschutz
- Klima- und Ressourcenschutz
- Abfallwirtschaft und Wegezweckverband

### **V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune**

- Bürgerfreundliche Verwaltung heißt Serviceorientierung
- Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger
  - Zukunftsstrategie der FDP
  - Kooperation der Kreise mit privaten Dienstleistungsanbietern (ÖPP/PPP)

## Präambel

Das Programm des FDP-Ortsverbandes Henstedt-Ulzburg für die Wahlperiode 2008 bis 2013 ist eine Fortschreibung der Kommunalwahlprogramme, die wir jeweils zu den anstehenden Kommunalwahlen beschlossen haben. Vieles wurde in den vergangenen Jahren, auch durch unsere Mitarbeit in den Gemeindeversammlungen und in den Ausschüssen der Gemeinde erreicht.

Viele Einzelvorhaben bedürfen der ständigen Pflege und müssen periodisch fortentwickelt werden.

Liberaler setzen auf das Engagement, die Kreativität sowie die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger.

Sie sehen sich als Verbündete aller, die sich in Vereinen und Verbänden ehrenamtlich für das Gedeihen ihrer Kommune einsetzen.

Durch Leistungsgesetze des Bundes, des Landes und des Kreises Segeberg ist Henstedt-Ulzburg an die Grenze seiner finanziellen Belastbarkeit gekommen.

Die FDP hat - auch durch schmerzhaftes Einschnitte - große Anstrengungen unternommen, die Ausgaben einzudämmen.

Die FDP will durch effiziente Verwaltungsstrukturen, sparsamen Umgang mit den Steuergeldern und zielgerichtete Investitionen die Lebensqualität in unserer Kommune verbessern.

Ein Hauptaugenmerk wird die FDP dabei auf die hohe Qualität der Ausstattung und des Unterrichts an unseren Schulen richten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für gleiche Bildungs- und Lebenschancen.

Wir wollen weiter das Notwendige tun. Was andere aber besser und preiswerter können als der Staat, das wollen wir privaten Anbietern überlassen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, beenden Sie die absolute Mehrheit der CDU, sorgen Sie für ein liberales Korrektiv! Stärken Sie die Liberalen in Henstedt-Ulzburg damit wir uns für Sie stark machen können!

Wir bitten dazu um Ihre Mithilfe und um Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008.

Holger Hoffmann  
-Ortsvorsitzender-

## I. Lebensvielfalt in Henstedt-Ulzburg

Bildung, Kultur und Sport sind die Voraussetzungen für den Bestand eines funktionierenden und (nicht nur sozial) gesunden Gemeinwesens, das es den Bürgern ermöglicht, erfolgreich am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und dieses aktiv zu gestalten.

- Für die FDP bedeutet **Bildung** weit mehr als schulischer und berufsschulischer Lernstoff. Bildung ist mehr als Mathematik, Deutsch und Englisch. Bildung im liberalen Sinn hört nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss auf. Sie ist eine Daueraufgabe und bedeutet für die FDP die Vernetzung des in der Schule Gelernten mit sozialen wie kulturellen Erfahrungen. Die so gewonnenen Erkenntnisse bilden die Kompetenz zur Gestaltung und Entwicklung unserer Gesellschaft – und dies ist die Grundlage für unseren Wohlstand.
- Kunst und **Kultur** sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Selbstfindung der Menschen. Kunst und Künstler geben durch Ihre freie Betrachtung - fernab von Dogmen und Schablonen - Anstöße für neue Entwicklungen in vielen Bereichen der Gesellschaft. Die Integration aller bei uns vertretenen Kulturen ist im liberalen Verständnis eine Verpflichtung und zugleich die Chance zur Bereicherung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.
- Die Bedeutung des **Sports** für die körperliche Gesundheit und Ertüchtigung ist unbestritten. Die Liberalen sind ein starker Förderer des Sports, denn für die FDP hat die Bedeutung des Sports eine höhere Dimension und eine sehr viel größere Bedeutung: Die Regeln des menschlichen Zusammenlebens bleiben Makulatur, wenn sie nicht eingeübt und gelebt werden. Die heute eingeforderten Schlüsselqualifikationen - auch Soft Skills genannt - wie Fairness, Disziplin, Ausdauer, Zielstrebigkeit, Eigenverantwortung, Engagement, soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und Integrationsfähigkeit sind Grundpfeiler liberaler Gesellschaftspolitik und gleichzeitig Fertigkeiten, die im Sport trainiert und gelebt werden.

### Bildung



Die Landesregierung hat ein neues Schulgesetz vorgegeben. Die FDP ist der Auffassung, dass das neue Schulsystem für die Bildung nicht optimal ist. Insbesondere die von der großen Koalition vorgesehene große Einsparung an Lehrern halten wir für falsch. Auf kommunaler Ebene kann die FDP nur noch begrenzt, aber dennoch wirkungsvoll Einfluss nehmen.

Die FDP begrüßt ausdrücklich die Stärkung des elterlichen Willens bei der Wahl von Schulart und -ort. Unsere langjährige Forderung nach mehr Wettbewerb beim Bildungsangebot zur Verbesserung seiner Qualität ist endlich umgesetzt worden – die Eltern können jetzt „mit den Füßen abstimmen“, was das beste Bildungsangebot für ihre Kinder ist.

- Die FDP wird auf die Veröffentlichung von Leistungsprofilen der neuen Schularten drängen und die Eltern entsprechend aufklären.

- Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Kosten für die Schülerbeförderung auch jenen Eltern erstattet werden, die sich für ein besseres Bildungsangebot an einer weiter entfernt liegenden Schule entschieden haben.
- Die FDP setzt sich für die Ausweitung des Schülerbeförderungsangebots von und zu den Ganztagschulen ein, passend zu den Betreuungsangeboten am Nachmittag. Die FDP wird entsprechende Initiativen im ÖPNV Beirat ergreifen.
- Die FDP setzt sich für die weiträumige Einführung von offenen Ganztagschulen ein. Die FDP achtet dabei allerdings auf die strikte Trennung von Lernfächern (am Vormittag) und Erfahrungsfächern (am Nachmittag).
- Die FDP setzt sich für die bessere Sachausstattung von Regional-, Gemeinschaftsschule und Gymnasium ein.
- Die FDP setzt sich für die Stärkung des Bildungsangebots in den Kindertagesstätten ein, damit alle Kinder beim Schuleintritt mit 6 Jahren gleiche Chancen in der Eingangsstufe der Grundschule haben.
- Die FDP setzt sich für die Bereitstellung eines sozialpädagogischen Beratungsangebots in den Schulen ein, damit der Unterricht ordnungsgemäß und ungestört erteilt werden kann.
- Die FDP unterstützt die Ausbildung von Schülern als Schlichter und Konfliktmanager in den Schulbussen („Bus-Engel“), damit Mobbing und Gewalt auf dem Weg zur Schule nicht die Lernfähigkeit der Schüler beeinträchtigen.
- Die FDP setzt sich für die vermehrte pädagogische Nutzung der Schulen und ihrer Einrichtungen in den frühen Abendstunden zur Unterstützung privater Bildungsinitiativen ein. Eine Teilzeitnutzung unserer Bildungseinrichtungen kann und sollte sich unsere Gesellschaft nicht leisten.
- Die FDP setzt sich für die Förderung der Volkshochschulen ein. Gefördert werden sollen kurs- und projektbezogene Angebote zur beruflichen und persönlichen Fort- und Weiterbildung, zur Bewerbung und zur beruflichen Qualifizierung. Auch die inhaltliche und organisatorische Begleitung der offenen Ganztagsangebote sind eine wichtige Aufgabe der Volkshochschule.
- Die FDP setzt sich für den Ausbau der räumlichen Möglichkeiten für Jugend- und Kulturarbeit ein.

## **Kultur**

Kunst und Kultur prägen die geistigen Grundlagen sozialen Handelns und schaffen ein Gegengewicht zu den Tendenzen der Erstarrung, Bürokratisierung und Standardisierung. Sie schaffen Lebensqualität und tragen zur Attraktivität des Standortes bei und sind damit wichtige Standortfaktoren im überregionalen Wettbewerb.

Bevormundung und zensierenden Eingriff in das Kunst- und Kulturleben lehnen die Liberalen ab, denn die Zukunft unserer Gesellschaft hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße der einzelne Bürger seine Kreativität entfalten kann.

Liberaler Kulturpolitik setzt auf die Anerkennung geistiger Kräfte, schöpferischer Fähigkeiten und auf die Eigeninitiative engagierter Bürger und Bürgerinnen. Tatsächlich beruhen die Vielfalt und der Reichtum des kulturellen Angebots in

unserer Region im Wesentlichen auf bürgerlichem Engagement in Verbänden und Vereinen.

Die FDP sieht sich in der Pflicht, diesen kulturellen Reichtum zu erhalten und seine Strukturen weiterzuentwickeln.

Die FDP setzt sich seit Jahren Kulturstiftung(Kulturkate) ein, damit privates Engagement für Kunst und Kultur stärker gefördert werden kann. Die FDP wird sich auch in Zukunft für die Umsetzung weiterer Kulturprojekte einsetzen.

- Denkmalschutz bedeutet für die FDP die Bewahrung des kulturellen Erbes und ist eine wesentliche Aufgabe liberaler Kulturpolitik.
- Die FDP drängt auch weiterhin auf die Förderung der musischen und musikalischen (Früh-)Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Vorschulbereich, in Schulen und an Musikschulen.
- Die Buch- und Lesekultur leistet einen besonderen Beitrag zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freisetzung von Fantasie und Kreativität und zur Wahrnehmung der Informations- und Meinungsfreiheit. Im ländlichen Raum sind die Fahrbibliotheken ein Erfolgsmodell, das aus einer Initiative der FDP entstanden ist. Die FDP setzt sich weiterhin für den Ausbau dieses Projekts ein.
- Die Förderung und der Ausbau der Aktivitäten in der Remise waren ein erster Schritt zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum. Die FDP sieht darin einen notwendigen Beitrag zur Unterstützung bildender Künstler und bringt so bildende Kunst einem breiten Publikum nahe. Es ist das kulturpolitische Ziel der FDP, Ausstellungen in öffentlichen Räumen - dazu gehören auch Schulen und Ämter - und die Vernetzung lokaler Initiativen und Angebote zusammen mit dem 'Verein für Jugend- und Kulturarbeit e.V.' zu fördern.
- Kunst und Kultur sind für Gemeinschaft und Verständigung wesentlich. Aktive interkulturelle Integration ist für Liberale eine herausragende Zukunftsaufgabe. Die FDP unterstützt und fördert die Eigenleistungen von Einrichtungen ausländischer Kulturträger. Sie erkennt deren religiöse und kulturelle Identität an. Für Liberale ist die Integration von Bürgern ein wichtiges Anliegen. Auf kultureller (wie auch auf sportlicher) Ebene sind hier am schnellsten sichtbare Erfolge zu erreichen.
- Durch die Intensivierung der Partnerschaften mit Maurepas, Usedom und Wierzchowo, sowie dem Abschluss der Partnerschaft mit Waterlooville will die FDP den Gedanken der Europäischen Gemeinschaft mit Leben erfüllen.

### **Sport**

Regelmäßig betriebener Sport von klein auf – beginnend im Kindergarten – setzt sich im Erwachsenenalter fort. Sportausübung kann organisiert aber auch ungebunden erfolgen. Die vorhandenen Sporteinrichtungen an den Schulen müssen - auch aus Gründen einer sparsamen und effektiven Nutzung der Haushaltsmittel - für die Vereinsnutzung ebenso wie für private Sportinitiativen offen sein.

Sportvereine sind im Hinblick auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative herausragende Beispiele funktionierender Bürgeraktivität. Wesentlicher Bestandteil liberaler Sportpolitik ist das Ziel, die Leistungsfähigkeit der Vereine zu stärken. In ihnen erhält der Sport seine Bedeutung als Integrationsfeld aller sozialen und kulturellen Gruppen.

Die FDP ist sich der besonderen präventiven Bedeutung des Sports bewusst und sieht im Sport ein Mittel, Gesundheit und Wohlbefinden zu verbessern, Zufriedenheit und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und einen Gewinn an Lebensqualität zu bewirken. Angesichts der weiter voranschreitenden Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft kommt dem Bereich des Seniorensports für die Sicherung der Lebensqualität älterer Menschen eine wachsende Bedeutung zu. Hier spielt der Sport als Mittel zur Rehabilitation eine zunehmende Rolle. Für all diese Aktivitäten bedarf es vieler ehrenamtlicher Helfer in der Ausbildung und bei der Durchführung.

- Die FDP setzt sich für eine finanzielle Förderung der ansässigen Sportvereine ein, die den Breitensport auf eine langfristige und sichere Basis stellt.
- Die FDP setzt sich für die Förderung des Jugendsports und für die Förderung der Ausbildung der ehrenamtlichen Übungsleiter ein.
- Die Erfahrung zeigt, dass Sport und Kultur in besonderer Weise Menschen aller Länder friedlich zusammenbringen können. Die FDP setzt sich daher für die Förderung von Modellprojekten zur Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen - einschließlich Bürgern und Bürgerinnen, die bzw. deren Vorfahren im Ausland geboren sind - ein. Diese Projekte können gleichermaßen vereinsgebunden aber auch in privater Initiative durchgeführt werden.

## **II. Lebensqualität in unseren Kommunen – den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten**

Im Mittelpunkt liberaler Sozialpolitik steht der einzelne Mensch.

Die Menschen sind für das Leben in Freiheit unterschiedlich gerüstet. Benachteiligte müssen gefördert, Ursachen der Benachteiligung beseitigt werden. Liberale Sozialpolitik bedeutet, denen Hilfe zukommen lassen, die alleine nicht mehr zurechtkommen.

### **Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung**

Auf den Gebieten der Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung soll sich die Gemeinde auf Anfangsberatungen beschränken. Die FDP fordert, darüber hinausgehende Maßnahmen und Leistungen den speziell dafür vorgesehenen Einrichtungen zu übertragen. Neue regionale Projekte, die verschiedene Beratungsangebote unter einem Dach bündeln sollen, sind nur dann sinnvoll, wenn die erfolgreich arbeitenden Beratungszentren nicht in ihrem Bestand gefährdet werden.

### **Suchtberatung**

Suchtberatung ist eine wichtige Aufgabe. Unabhängigkeit und Suchtfreiheit sind die Grundlagen freier eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. Insbesondere für Jugendliche ist die Gefahr, in Abhängigkeit von Drogen zu geraten, allgegenwärtig. Das bezieht sich nicht nur auf illegale, sondern auch auf legale Drogen, insbesondere die Volksdroge Nr. 1 – Alkohol. Deshalb sind Prävention und ausstiegsorientierte Angebote Schwerpunkte liberaler Drogenpolitik. Die niedrigschwelligen Informations- und Beratungsangebote sollen daher weiterhin unterstützt werden. Wegen des zunehmenden Alkoholmissbrauchs von Kindern und Jugendlichen müssen die Beratungs- und Aufklärungsangebote in den Schulen verstärkt werden. Vor Abschluss von Anschlussvereinbarungen mit den Trägern der Suchtberatung sind Ausschreibungen durchzuführen, wobei die

Suchtberatungsprogramme auch kleinteiliger zwischen legalen und illegalen Drogen aufgefächert werden sollen, um neben den großen Trägern der Suchtberatung auch kleineren Anbietern Chancen einzuräumen. Aus Kostengründen und wegen der Effektivität schlägt die FDP die Umstellung der Finanzierung auf Basis eines leistungsgerechten Entgeltes pro Beratungskontakt bei gleichzeitiger Budgetierung statt der bisherigen Pauschalzuwendungen an die Träger vor.

### **Eingliederungshilfen**

Integration von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die inzwischen vom Land in die Zuständigkeit der Kommunen übertragen wurden. Oberstes Ziel ist die Eigenständigkeit von Menschen mit Behinderung zu stärken und ihnen weitestgehend selbstständige Teilnahme am Leben zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen müssen unter Beachtung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse die Möglichkeit haben, alle Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken weitestgehend eigenverantwortlich zu treffen. Die FDP unterstützt daher die Einführung von persönlichen Budgets als Modellprojekte, damit die Behinderten auch finanziell in die Lage versetzt werden, selbständig oder von Betreuern unterstützt und nicht als Objekt der Fürsorge, Entscheidungen für ihr Leben zu treffen.

### **Arbeitslosengeld II**

Seit Einführung des Arbeitslosengeldes II (Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) betreuen Kommunen und Arbeitsagenturen in Arbeitsgemeinschaften (ARGE) aufgrund eines politischen Kompromisses gemeinsam die Langzeitarbeitslosen. Die ARGE zahlt Arbeitslosengeld und vermittelt Arbeitsplätze.

Dieses Modell hat zu einem erheblichen Organisationschaos geführt. Anfängliche Reibungsverluste und Organisationsprobleme sind zwar weitgehend abgebaut, trotzdem bleiben grundsätzliche rechtliche Probleme, unklare Zuständigkeiten, insbesondere nicht eingehaltene finanzielle Zusagen des Bundes, die den Haushalt des Kreises belasten.

Unabhängig von den laufenden Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die organisatorische Umsetzung der ALG II – Gesetze fordert die FDP ab 2009 nach Auslaufen des ARGE-Vertrages die organisatorische Neuordnung mit Übertragung der Zuständigkeiten auf die Kommunen bzw. den Kreis.

### **Familie**

Für Liberale steht die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten im Mittelpunkt unserer Familienpolitik. Durch ein verstärktes Miteinander von Eltern, Kindern und Kommune wollen wir vor Ort ein familienfreundliches Klima schaffen, in dem Erziehung, Bildung und Beruf harmonisch miteinander in Einklang zu bringen sind.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kindererziehung und Berufstätigkeit müssen in allen Lebenskonzepten nebeneinander möglich sein. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote zurückgreifen können. Dazu gehört für die FDP insbesondere die Förderung individueller Betreuungsdienstleistungen wie z.B. die Tagespflege, die die Kinderbetreuung durch Tagesmütter und Tagesväter sicherstellt. Diese Betreuungsmodelle sind weiter zu fördern, wobei die bürokratischen Hürden in diesem Bereich zu vermindern bzw. abzubauen sind. Die FDP lehnt übermäßige

Reglementierungen strikt ab. Nur so können wir einen Anreiz für mehr betriebliche und private Angebote bieten.

Ebenso ist für eine liberale familienfreundliche Politik ein Angebot von Ganztageskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten von elementarer Bedeutung. Dabei sind Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Eltern flexibel auszurichten. Die Einführung des KiTa - Gutscheinsystems ist hierbei eine wesentliche Forderung der FDP. Wettbewerb sichert eine wohnortnahe, qualitative, kreative, individuelle und kostengünstige Bildung und Betreuung unserer jüngsten Kinder. Henstedt-Ulzburg braucht für den Bereich der Kinderbetreuung auch die finanzielle Partnerschaft des Landes, welches Henstedt-Ulzburg bei diesen vielfältigen Aufgaben unterstützen muss.

### **Ältere Menschen**

Wir können uns freuen, denn wir werden immer älter und bleiben länger aktiv und gesund. Diesem Umstand wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass wir unsere Senioren in das aktive Leben mit einbinden wollen.

Uns ist klar: Ohne die Mitwirkung der ‚Generation 50 plus‘ in Familie, Gesellschaft, Vereinen, Organisationen und auch in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik würde vieles liegen bleiben und vieles nicht mehr geleistet werden.

Die Leistung der älteren Menschen bedarf neben einer Anerkennung durch die Gesellschaft auch der Freihaltung von Risiken und den Ersatz von materiellen Aufwendungen.

Die Pflegeversicherung stößt bereits an die Grenze des Machbaren. Bessere Leistungen bedingen höhere Versicherungsbeiträge. Damit diese aber in Grenzen gehalten werden können, ist die solidarische Selbsthilfe für diejenigen Senioren notwendig, die sich nicht mehr selbst helfen können, aber dennoch in ihrem häuslichen Bereich leben möchten.

In neuen Wohnformen oder auch in „Mehrgenerationenhäusern“ gibt es inzwischen Möglichkeiten, diese Formen des Zusammenlebens zu entwickeln. Wer sich seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit bewahren möchte, kann hier in Gemeinschaft mit anderen sein Leben selbstbestimmt organisieren. Durch Ausweisung von „Quartieren“ in Baugebieten, möglichst in der Nähe der belebten Zentren unserer Gemeinde, wollen wir solche Wohnformen künftig fördern. Beispielhafte Projekte, die öffentlich gefördert wurden, sind in Schleswig-Holstein bereits vorhanden.

Eine Betreuung in Pflegeheimen kann dennoch in Einzelfällen notwendig sein. Dies betrifft ca. 10 bis 15 Prozent unserer Hochbetagten. Auch hier ist die ehrenamtliche Zuwendung durch jene Mitbürgerinnen und Mitbürger dieser Generation erwünscht, die noch Energie und Tatkraft verspüren.

Dieses wollen wir fördern und im Rahmen eines guten Miteinanders der Generationen helfend begleiten.

Im Seniorenbeiraten und auch in den vielen Seniorenvereinigungen, sind diese Vorstellungen zum Teil sehr ausführlich vorgestellt worden. Wo immer es machbar ist, werden wir solche Vorschläge aufnehmen und umsetzen.

### **Jugend**

Jugendlichen muss verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, Eigeninitiativen zu entwickeln und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Die FDP

unterstützt die kommunale Beteiligung Jugendlicher an der Gestaltung ihrer Gemeinde.

Die FDP hat sich während der gesamten Wahlperiode aktiv an der Jugendförderung in der Gemeinde beteiligt. Die FDP setzt sich dafür ein diese auszuweiten und Jugendliche stärker einzubinden. Wichtig ist Jugendliche zu befähigen, politische Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu artikulieren.

Die FDP setzt sich für mobile Jugendtreffs nach Vorbild des Amtes Kisdorf ein.

### **Gleichstellung**

Die FDP setzt sich für gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Frauen und Männer sollen frei entscheiden können, wie sie die jeweiligen Phasen ihres Lebens gestalten.

Die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten in Henstedt-Ulzburg soll erhalten bleiben und weiter entwickelt werden zum „Diversity Management“, wie es bereits in großen Unternehmen der Wirtschaft praktiziert wird.

Durch bewussten Umgang mit der Verschiedenartigkeit von Menschen sollen Diskriminierungen verhindert werden und Chancengleichheit verbessert werden.

Dabei steht die Gesamtheit der Beschäftigten im Unternehmen oder der Einwohnerinnen und Einwohner in Henstedt-Ulzburg im Fokus.

Bei den zu beachtenden Unterschieden handelt es sich zum einen um die äußerlich wahrnehmbaren Unterschiede, von denen die wichtigsten Geschlecht, Ethnie, Alter und körperliche Behinderung sind und zum anderen subjektive Unterschiede wie sexuelle Orientierung, Religion und Lebensstil.

Bei Diversity Management handelt es sich um mehr als nur die Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften, sondern um ein Gesamtkonzept des Umgangs mit personaler Vielfalt in einem Unternehmen, in einer Kommune, in der Gesellschaft - zum Nutzen aller Beteiligten.

### **Sicherheit in Henstedt-Ulzburg**

Zur Lebensqualität in Henstedt-Ulzburg gehört auch die Sicherheit ihrer Bürger. Viele Menschen sind über das Anwachsen insbesondere der Straßenkriminalität und der Einbrüche besorgt.

Die FDP fordert seit langem eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Polizei und Justiz durch die Landesregierung. Die Präsenz der örtlichen Polizeidienststelle vor Ort muss erhalten bleiben und ist in die Gesamteinsatzplanung mit einzubinden.

Die Einführung moderner Führungs- und Leitsysteme wird es künftig möglich machen, unsere Polizei, die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Rettungsdienste noch effektiver und schneller einzusetzen. Hier ist mit Unterstützung der FDP schon viel geschehen. Die FDP wird im engen Kontakt mit den Verantwortlichen an der weiteren Verbesserung dieses Leistungsangebotes mitwirken.

Die FDP begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches an dem Konzepte entwickelt werden, die darauf abzielen, Anreize zur Tatbegehung zu senken, potentielle Täter

zu demotivieren, Tatgelegenheiten systematisch abzubauen und potentielle Opfer zu beraten. In diesem ständigen Dialog zwischen den Bürgern und den Verantwortlichen kann schnell auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Gefahren reagiert werden.

### **Feuerwehr und Rettungswesen**

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg verfügt über eine freiwillige Feuerwehr.

Durch den von der FDP erst möglich gewordenen Neubau einer Feuerwehrzentrale in Bad Segeberg konnte die Ausbildung für die freiwillige Wehr in der Gemeinde zentralisiert und viele Dienstleistungen optimiert werden. Dies ist ein besserer Service für die Feuerwehren vor Ort und entlastet die Gemeinde erheblich.

Durch zunehmende gesellschaftliche Veränderungen wird es künftig vermehrt darauf ankommen, die Leistungen der ehrenamtlichen Kräfte in den Rettungsdiensten, bei den Feuerwehren, dem Katastrophenschutz und den anderen gemeinnützigen Organisation anzuerkennen.

Deren Arbeit, die regelmäßig unter Einsatz von viel Zeit und Energie geleistet wird und zum Teil auch durch Gefahren für die eigene Gesundheit gekennzeichnet ist, verdient nicht nur unser aller Dank und Würdigung, sondern auch eine angemessene materielle Aufwandsentschädigung. Es sollte für uns auch eine Selbstverständlichkeit sein, diese Organisationen mit einer guten Ausrüstung auszustatten und ihnen damit ihren Einsatz zu erleichtern.

Die FDP fordert daher die finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung damit die Feuerwehren, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz bei der Koordinierung ihrer Einsätze, bei der Beschaffung angemessener Ausrüstungen und der Ausbildung der Einsatzkräfte unterstützt werden.

Der FDP ist bewusst, dass diese ehrenamtlich erbrachten Dienstleistungen ein hohes Maß an Sicherheit und Lebensqualität für alle Menschen unseres Landes bedeuten. Für die FDP ist dieser lebendige Teil unserer Bürgergesellschaft eine programmatische Verpflichtung und daher unserer ständigen und aktiven Unterstützung sicher.

### **III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze**



Die FDP sieht sich als Partner der Wirtschaft.

Libérale Wirtschaftspolitik zieht sich als roter Faden durch alle Politikbereiche einer Kommune.

Libérale Wirtschaftspolitik bedeutet Abbau von überbordender Bürokratie im Bau-, Umwelt- und Genehmigungsrecht. Und sie bedeutet Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, zu der neben dem Bau von Straßen, der stetigen Verbesserung des

Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch der Bau von Kindertagesstätten und -krippen, betreute Ganztagschulen sowie ein interessantes Sport- und Freizeitangebot gehören. Diese „weichen“ Standortfaktoren ziehen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte an, die die Wirtschaft dringend braucht.

Libérale Wirtschaftspolitik soll dem Unternehmer Zeit und Raum für seine Unternehmungen bieten. Er soll seine Zeit nicht mit dem Anfertigen von Statistiken, Analysen oder Anträgen und Anfragen verbringen sondern den Kopf frei haben für konstruktive Ideen, die sein

Unternehmen fit für die Zukunft und für den globalen Wettbewerb machen. Und er braucht Raum, Fläche, die ihm durch gute Infrastruktur, durch motivierte Fachkräfte, durch eine intakte Umwelt, die größtmögliche Entfaltung seiner Kreativität bieten. Das nützt den Menschen in Henstedt-Ulzburg es und wirkt sich positiv auf die Finanzen der Gemeinde aus.

### **Unterstützung und Stärkung ansässiger Betriebe**

Die Wirtschaft in Henstedt-Ulzburg wird durch ihre unmittelbare Nähe zur Metropole Hamburg geprägt. Die mittelständischen Betriebe, die sichere und dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, können sich der Unterstützung durch die FDP sicher sein.

Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist ein optimales Angebot im Gesundheitswesen sowie im Fitness- und Wellnessbereich ein wichtiger Standortfaktor.

Die FDP wird auch weiterhin die Paracelsus-Kliniken in Henstedt-Ulzburg bei ihren Ausbauplänen unterstützen.

### **Moderne Technologien und Bildung**

Für die FDP ist die Entwicklung der Gemeinde als Standort für zukunftsfähige Technologien und Dienstleistungen wichtig. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lenken. Außerdem sollte die

Gemeinde die Chancen auf eine Ausweitung ihrer Jugend- und Kulturarbeit und ihrer Angebote im Bereich der Aus- und Fortbildung für Jugendliche und Erwachsene wahrnehmen.

Die im KEK genannten Entwicklungsziele, die auf ein gesundes Wachstum unserer Region unter schonendem Umgang mit den Ressourcen bei gleichzeitiger ertragreicher wirtschaftlicher Nutzung setzen, werden von der FDP nachhaltig unterstützt.

### **Aktive Wirtschaftsförderungsgesellschaft für alle Kommunen im Kreis**

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WEP), die der Kreis gemeinsam mit dem Kreis Pinneberg betreibt, trägt nach erfolgreicher Umstrukturierung wesentlich dazu bei, den Kreis überregional, auch im Süden Deutschlands, als Wirtschaftsstandort bekanntzumachen. Die FDP begrüßt die Aktivitäten der WEP hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Hamburg und den übrigen Kreisen in der Metropolregion. Nur gemeinsam können wir uns gegenüber dem wirtschaftsstarken Süden Deutschlands behaupten.

Die regionalen Strukturveränderungen erfordern zum einen die Anpassung der Unternehmen an die sich wandelnden Bedingungen im Wettbewerb, zum anderen die Schaffung unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung.

Um die örtliche Wirtschaft von zeitaufwändigen Genehmigungsverfahren zu entlasten, sollte die Verwaltung sich am E-Government Modell des Kreises Segeberg beteiligen. Nur durch Vernetzung aller Verwaltungsstellen kann das System seine volle Wirkung entfalten.

### **Öffentlicher Personennahverkehr auf Straße und Schiene**

Neben den großen Straßenprojekten wie der Bau der Anschlussstellen an der A 7 bei Norderstedt, Alveslohe, Ellerau, und Bau von Ortsumgehungen (z.B. Bad Bramstedt) fördert und fordert die FDP einen attraktiven ÖPNV im gesamten Ortsgebiet. Die ansässigen Betriebe sind auf eine effektive Vernetzung des ÖPNV auf Straße und Schiene angewiesen. Dies zeigen die starken Frequentierungen der Bahnstrecken Neumünster – Bad Segeberg – Oldesloe und auf der Achse Norderstedt – Henstedt-Ulzburg – Kaltenkirchen – Bad Bramstedt der AKN. Einen wesentlichen Anteil am qualitativ hochwertigen ÖPNV-System im Kreis Segeberg trägt die von der FDP unterstützte Verkehrsservicegesellschaft (SVG). Die Optimierung von Taktzeiten und eine bedarfsgerechte Fahrplangestaltung des

straßengebundenen ÖPNV, also der Busse, liegen in der Hand der SVG und tragen zu einer effizienten Mittelvergabe im straßengebundenen Personennahverkehr bei.

Die Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Flughafen durch den ÖPNV ist noch immer unbefriedigend. Die FDP fordert eine direkte Zugverbindung des Kreises an den Hamburger Flughafen und den weiteren Ausbau der Anbindung an den Hamburger Hauptbahnhof.

Zur Verbesserung des Verkehrsflusses in den Städten und Gemeinden fordert die FDP

- die Einführung des „grünen Pfeils“ an Ampelanlagen, die akustisch gesichert sind,
- den dem Verkehr angemessenen Ausbau von Kreisverkehren statt Ampelanlagen,

### **Innovative Verkehrskonzepte**

**Shared Space** – ist ein neuer Ansatz zur Raumplanung und -einrichtung, der in ganz Europa immer mehr Beachtung findet. Shared Space beinhaltet neue Ausgangspunkte für den Gebrauch, den Entwurf und die Unterhaltung unserer Strassen und öffentlichen Räume und hebt die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen auf.

Es ist nicht beabsichtigt, den *gesamten* Straßenraum eines Landes nach diesen Ideen umzusetzen. Das Konzept gesteht zu, dass stets Räume benötigt werden, die *ausschließlich* Verkehrsfunktionen erfüllen, um den Menschen ein schnelles Vorankommen zu ermöglichen.

Die Raumplanung der letzten Jahrzehnte war besonders von der Vorstellung geprägt dem Verkehr möglichst viel Raum zuzuordnen und die Verkehrsteilnehmer auf getrennte Verkehrsräume zu beschränken. Ausdruck fand dies zum Beispiel in der Verbreiterung von Straßen für Kraftfahrzeuge, also in einer Umgestaltung des Straßenraums, um mehr Platz für den Autoverkehr zu schaffen. Vor allem der Beschleunigung des Kfz-Verkehrs wegen führte die Abtrennung eigener Spuren für Straßenbahn, Fahrrad und Fußgänger zu einer weiteren Zunahme der Gesamtverkehrsfläche. Oft geschah dies auf Kosten der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger sowie der Anwohner, oder es führte zur schwer überwindbaren Zerschneidung sozial und historisch zusammengehörender Lebensräume.

Seit Beginn der 90er Jahre setzte sich jedoch unter Verkehrsplanern langsam die Erkenntnis durch, dass der öffentliche Raum nicht nur der motorisierten Fortbewegung dient, sondern auch ein Ort ist, an dem Menschen sich mit Muskelkraft fortbewegen, sowie sich aufhalten und verweilen wollen. Ausdruck dieser veränderten Verkehrspolitik sind zum Beispiel Tempo 30 Zonen und verkehrsberuhigte Zonen. Im Unterschied zu diesen Maßnahmen setzt Shared Space jedoch nicht auf restriktive Regeln für die Verkehrsteilnehmer, sondern will eine freiwillige Verhaltensänderung aller Nutzer des öffentlichen Raumes erreichen, die allerdings durch eine entsprechende Raumgestaltung unterstützt werden muss.

## **Umsetzung**

Erreicht werden soll dies, indem Verkehrsregeln beseitigt und durch soziale Regeln ersetzt werden. Zur Regelung des Verkehrs werden nicht mehr Vorschriften und Verbote benutzt, sondern es wird auf ein Miteinander gesetzt. Eine einseitige Bevorzugung irgendeines Nutzers soll vermieden werden. Auffälligstes Merkmal bei der Umsetzung des Projektes ist, nach Möglichkeit sämtliche Verkehrschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen abzubauen. Auch werden die Wege nicht mehr nach verschiedenen Nutzungsarten unterschieden; Fuß- und Radwege werden entfernt, es gibt nur noch eine Verkehrsebene. Eine Trennung wird höchstens optisch markiert; die gemeinsame und gemeinschaftliche Nutzung des zur Verfügung stehenden Raumes ist das Ziel. Dem Autofahrer soll bewusst werden, dass er Teil eines sozialen und kulturellen Gefüges ist, dem er sein Fahrverhalten anpassen muss.

## **IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort – Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen**

### *Umwelt und Naturschutz*

Naturschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, nur gemeinsames Agieren aller Interessengruppen führt zu einem vernünftigen Naturschutz, zu einem verantwortungsbewussten Umweltschutz und zu einer intakten Landwirtschaft.

Die FDP tritt für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Der Schadstoffeintrag in Luft, Wasser und Boden muss verringert, der Landschaftsverbrauch vermindert werden. Die FDP tritt für das Recycling von Gewerbe- und Industrieflächen ein, um neue Flächenversiegelungen zu vermeiden.

Die FDP setzt auf den freiwilligen verantwortungsvollen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Natur und Umwelt.

### **Klima- und Ressourcenschutz**

Die FDP strebt für alle Kommunen die Schaffung eines umfassenden Energiemanagementkonzeptes an. Zielsetzung des Energiemanagements ist es, durch Energieeinsparung

- aus ökologischer Sicht eine Verminderung von Primärenergieeinsatz (Ressourcenschonung) und CO<sub>2</sub>-Emissionen (Klimaschutz) zu erreichen.
- aus ökonomischer Sicht den finanziellen Aufwand für Energienutzung zu verringern.

Der Kreis Segeberg soll dabei als Koordinator und mit Fachwissen - beispielsweise durch Energieberater - für gemeindeübergreifende Projekte tätig werden.

Wir wollen

- den Schadstoffausstoß aller gemeindeeigenen Fahrzeuge mindestens auf den von der EU festgelegten Grenzwert herabsetzen.
- die vorhandenen Förderprogramme für den Einsatz von Solar- und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden sollen genutzt werden und so der Einsatz von erneuerbarer Energie weiter vorangebracht werden.

## **Abfallwirtschaft und Wegezweckverband**

Bei der Abfallwirtschaft gilt für die FDP:

Vermeiden, vermindern, verwerten, von Schadstoffen entfrachten und nachsorgefrei entsorgen.

Es kommt darauf an, die Restabfallmengen so gering wie irgend möglich zu halten.

Die Wiederverwertung muss ökologisch und ökonomisch sinnvoll sein.

Die Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Henstedt-Ulzburg um Vermeidung, Verwertung und Trennung muss durch niedrige Müllgebühren belohnt werden.

Es muss das Ziel sein, Restabfallmengen zu verringern und Umweltbelastungen durch schwierig zu beseitigende Stoffe zu vermeiden sowie kostbare Rohstoffe durch Wiederverwertung zurückzugewinnen.

Die thermische Behandlung von Restabfällen ist für die FDP beim derzeitigen Stand der Technik die ökologisch und ökonomisch beste Lösung. Nur so ist eine nachsorgefreie Ablagerung möglich.

Durch Kooperationen auch über Kreisgrenzen hinweg, können die Kosten für die Entsorgung für alle Beteiligten in Grenzen gehalten werden.

Die Abfallentsorgung der privaten Haushalte wird im Kreisgebiet durch den Wegezweckverband effizient und umfassend nach modernsten Gesichtspunkten erledigt.

Die Einführung der Papiertonne ist beispielgebend. Der WZV hat durch die Verbesserung der Qualität dieses wieder verwertbaren Rohstoffes, seine Einnahmeseite verbessert. So können die Gebühren für die Bürger niedrig gehalten werden

Die Zusammenarbeit mit dem Wegezweckverband auch in anderen Bereichen soll nach Auffassung der FDP ausgebaut werden. Für die Liberalen sollte zukünftig die Arge (Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Kreis und dem Wegezweckverband zur gemeinsamen Pflege und zum Unterhalt der Kreis- und Gemeindestraßen) ganz in den Wegezweckverband integriert werden, um so effektiver das gemeinsame Straßennetz unterhalten zu können.

## **V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune**

### **Bürgerfreundliche Verwaltung heißt Serviceorientierung**

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg zählt zu den großen Gemeinden in Schleswig-Holsteins und hat im Bundesvergleich der Gemeinden niedrige Verwaltungskosten pro Einwohner. Dazu hat die FDP mit ihren Initiativen zur Privatisierung von Aufgaben, zu Deregulierung und schlanker Verwaltung erheblich beigetragen.

Wir in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg sind also gut aufgestellt und brauchen keine Kreisfusionen, die zu unübersichtlichen Verwaltungseinheiten führen und Bürgernähe verlieren lassen. Wichtiger als die Zusammenlegung von Kreisen ist eine Verwaltung, die den Bürgern lange Wege und Wartezeiten erspart. Die FDP setzt bei ihrem Engagement für eine schlanke bürgernahe Verwaltung daher mehr auf Aufgabenkritik, Dezentralisierung und Verwaltungskooperationen.

Im Verbund vor allem mit den anderen Gebietskörperschaften der Metropolregion Hamburg und der Hansestadt Hamburg selbst müssen weitere Erleichterungen für Bürger und Wirtschaft erarbeitet werden.

Die Dezentralisierung eröffnet den Mitarbeitern der Verwaltung durch Telearbeitsplätze die Möglichkeit, Arbeit und Familie besser zu vereinbaren.

Viele Aufgaben in den Bereichen Sport sowie Kinderbetreuung und Jugendpflege sind mit starkem Engagement der FDP bereits auf freie Träger, Vereine und insbesondere den Kreissportverband und den Kreisjugendring übertragen worden. Diese „Entstaatlichung“ muss im Sinne der Einsparung von Doppelbefassungen und Verwaltungskosten weiter fortgeführt werden. Das ist praktizierte Bürgernähe.

### **Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger**

Die FDP hat sich seit jeher als Anwalt der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger verstanden.

Geordnete kommunale Finanzen sind Voraussetzung für eine hohe Wirtschaftskraft sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze, für ein blühendes gesellschaftliches und kulturelles Leben; sie sind ein entscheidender Vorteil im Standortwettbewerb der Gemeinden.

Die FDP hat sich immer vehement engagiert im Kampf gegen die Verschuldung der Gemeinde, zum Teil gegen heftigen Widerstand der anderen Fraktionen in der Gemeindeversammlung.

### **Zukunftsstrategie der FDP:**

Es ist das Ziel der FDP-Fraktion,

- a) den Abbau der Altschulden erfolgreich fortzusetzen
- b) ausgeglichene jährliche Haushalte zu beschließen, (keine Defizite wegen konsumtiver Ausgaben) für die gesamte Wahlperiode 2008 – 20213),
- c) Verstärkter IT-Einsatz im kommunalen Bereich (GV)

### **Kooperation der Gemeinde mit privaten Dienstleistungsanbietern (ÖPP / PPP)**

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde weiterhin die Möglichkeit der Privatisierung von Einrichtungen und Leistungen nutzt. Vor allem wird die FDP darauf drängen, dass durch die Schaffung von Partnerschaften zwischen der Gemeinde und privaten Anbietern (öffentlich-private Partnerschaft, ÖPP; od.: public-private-partnership, PPP) Geld mobilisiert wird um z. B. in Schulen, Gebäude, Straßen, Erneuerbare Energien und Einrichtungen aller Art zu investieren.

Öffentliche Hand und privater Dienstleister schließen einen Vertrag mit detaillierten Regelungen über Zustandsdefinition, Standards, Anpassungsregelungen und Konfliktmanagement; das Eigentum der öffentlichen Hand wird nicht übertragen, der Mittelstand wird eingebunden.